

Vorwort 11.2.2004:

Die folgende Ausarbeitung ist allen am Entscheidungsgeschehen Beteiligten zugegangen bevor sie die wesentlichen Ausgaben beschlossen. Alle Abgeordneten der Bremischen Bürgerschaft vor den entsprechenden Haushaltsbeschlüssen.

5 Dem Vorstand der Dresdner Bank als Eigentümer des Kredit gebenden Immobilienfonds DEGI. Nun hat der Space Park sehr viel später eröffnet als damals berechnet. Die dadurch zusätzlich aufgelaufenen Zinsen und Zinseszinsen belasten den Haushalt zusätzlich. Bremen ist in das Betreiberrisiko mit eingestiegen. Große Teile des Bauwerkes und der öffentlichen Infrastruktur liegen nach wie vor
10 brach oder sind völlig unterausgelastet, kosten Geld, ohne etwas oder nur einen Bruchteil des erwarteten zu bringen. Selbst wenn der Vergnügungsteil jetzt über erwarten viele Besucher anlocken würde, kann er noch weniger als damals berechnet die laufenden Kosten einbringen. Es ließen sich nur noch der verursachte Schaden begrenzen.

15

Space Park (und Ocean Park)

aus wirtschafts- und finanzpolitischerpolitischer Sicht

20

Mehrfach ist in der lokalen Presse und in überregionalen Publikationen veröffentlicht worden, daß - angestoßen durch den Wirtschaftssenator - in Bremen und Bremerhaven geprüft wird, mit Hilfe der Wirtschaftspolitik der Gebietskörperschaften des Zwei Städte Bundeslandes zwei Freizeitparks mit überregionaler
25 Ausstrahlung anzusiedeln. In Bremen heißt das Konzept „Space Park“, weil der thematische Schwerpunkt auf der bemannten Weltraumfahrt liegen soll, in Bremerhaven läuft die Planung unter dem Titel „Ocean Park“, weil das Thema sich auf das Wasser und die Meereswelt konzentriert. Diese Konzeptionen sind unter vielen Gesichtspunkten diskutiert worden, so unter den Auswirkungen auf die
30 Stadtentwicklung, den Standort, den Verkehr, die Freizeitgestaltung, den möglichen Bildungsbeitrag usw. All diese Gesichtspunkte werden im Folgenden nicht erwähnt. Es geht nur um einen anderen: den Gesichtspunkt der Wirtschaftspolitik. Es wird auch nur die Space - Park Planung einer näheren Betrachtung unterzogen. Für die Ocean Park Planung gilt alles entsprechend unter dem Motto ...“erst
35 recht“.

Diese Konzentration ergibt sich einerseits aus dem pragmatischen Grund, daß sich in einem Artikel eben nur einen Gesichtspunkt fundiert abhandeln läßt und andererseits, daß dieser der offizielle und entscheidende Grund für die Planung ist und alle anderen Gesichtspunkte nur auch berücksichtigt werden sollten.

40

Die Sorge um die finanzielle Notlage Bremens und die hohe Arbeitslosigkeit stehen alle anderen Überlegungen aus. Dieser Dominanz will ich mich nicht nur nicht entziehen, sondern möchte auch selber, daß in meiner Wahlheimat Bremen den vielen Arbeitslosen sich wieder mehr Möglichkeiten auftun, ihren Lebensunterhalt durch eigene Leistung zu verdienen, und das Land und die Gemeinden ihre
45 Aufgaben ohne besondere Zuweisungen, und ohne einen Sonderstatus zu reklamieren, erfüllen können.

50

Auch Architekten wissen, daß die schönste Planung sich nicht verwirklichen läßt, wenn „sie sich nicht rechnet“. Insofern ist die Frage zum Space Park: Wird er sich rechnen? Oder um aus dem Interview des Senators für Wirtschaft von Hamburg, Thomas Mirow, zu zitieren: „Wir haben im Blick, daß aus unserer Sicht öffentli-

che Investitionen auch ein nachrechenbares Ergebnis haben müssen., daß Investitionen auch auf ihre Rendite hin betrachtet werden.“ (aus Weser Kurier vom 31.1.98 S 8). Dieser methodische Maßstab gilt sicher auch für Bremen.

5 Werden die privaten und öffentlichen Investitionen einen Beitrag leisten, die Wirtschafts- und Finanzkraft Bremens zu stärken und die Arbeitslosigkeit nennenswert zu vermindern? Diese allgemeinen Fragen müssen so konkret werden, daß man sie rechnen kann.

Konkret heißt die Fragestellung also:

- 1. Kann sich das oder können sich die privaten Unternehmen des Space Parks ohne öffentlichen Zuschüsse halten und wachsen?**
- 2. Wird die Zahl der Beschäftigten im Space Park und in den mit ihm verbundenen wirtschaftlichen Aktivitäten die Arbeitslosigkeit wesentlich senken?**
- 3. Fiskalische Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte Bremens: Werden die Beschäftigten in den und die Eigentümer der mit dem Space Park verbundenen Unternehmen so viel verdienen, daß über deren Steuerzahlungen die öffentlichen Haushalte im Saldo von Ausgaben für den Space Park und Einnahmen durch ihn profitieren?**
- 4. Wird die Wirtschaftsstruktur Bremens durch solche eine Freizeiteinrichtung nachhaltig gestärkt?**

Zur Methode

Die Zahlen für die Berechnungen kommen aus dem vom Senator für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten der Öffentlichkeit und den zuständigen Gremien mitgeteilten Darstellungen¹. Auf deren Grundlage haben sich zuständige Gremien unseres Landes wie Senat, Wirtschaftsförderungs-ausschüsse, Senator für Finanzen und Deputationen schon für die Vergabe vieler Millionen DM öffentlicher Gelder entschieden. Es sind also offizielle und bedeutsame Zahlen.

Diese Zahlenangaben zum Space - Park werden verglichen mit den öffentlich bekannten Zahlen anderer Freizeitparks, vornehmlich mit dem des „Europaparks“ im badischen Rust. (Pressebericht über den Geschäftsbericht nach Abschluß der Saison 1997)² Dieser Vergleichsmaßstab soll hier aufgegriffen werden, weil von ihm aktuelle Zahlen verfügbar sind, die alle wirtschaftlichen Vorgänge enthalten (Einnahmen und Ausgaben für Eintritt und Nutzung aller Attraktionen, Verköstigung, Werbung, Personal, Fläche, Veranstaltung etc. pp.), weil sich der Wirtschaftssenator in seinen Argumenten selbst immer wieder auf ihn bezieht und weil er mit dem Thema Weltraumfahrt (in ihm ist das Original Modell der russischen Raumstation MIR für die Park - Besucher verfügbar gemacht worden, in dem die russischen Astronauten vor ihren Weltraumfahrten übten) neben vielen anderen Attraktionen auch vom Thema her vergleichbar ist. (Die Aussage, daß der Space Park eine einmalige Attraktion bieten würde ist daher auch nur sehr begrenzt richtig.) Der EUROPAPARK Rust ist überdies ein wirtschaftlich sehr erfolgreicher Freizeitpark und setzt mit seinen sehr guten Bewertungen bei Testergebnissen Maßstäbe, die eigentlich nur nach jahrzehntelanger Erfahrung erreicht werden können. Einen solchen Vergleich mit dem Primus der Branche nennt man Neudeutsch „benchmarking“. Ein direkter Vergleich der Planungen mit der Realität setzt die

¹ Insbesondere Vorlage der Senatoren für Wirtschaft, Mittelstand, Technologie und Europaangelegenheiten für Arbeit und für Finanzen für die Sitzung des Senats am 1.7.1997
² Süddeutsche Zeitung vom 11.11.1997

Annahme voraus, daß der „Space Park“ von Beginn an entsprechend gute Werte erzielt. In der Tabelle werden die Kennziffern des EUROPAPARK Rust (umgerechnet auf ganzjährige Öffnungszeit) verglichen mit den Darstellungen, wie sie aus den Vorlagen bei den Wirtschaftsförderungsausschüssen und dem Senat hervorgehen, und damit verglichen mit einem Informationsstand, auf Grund dessen über die Ausgabe von vielen Millionen DM aus öffentlichen Mitteln entschieden wurde.

Zur Wirkung auf den Arbeitsmarkt werden auch Strukturangaben herangezogen, die über die Wirkung des Center - Parks in Bispingen von einer Universitäts - Arbeitsgruppe aus Hannover erarbeitet und veröffentlicht wurde.³

Daraus läßt sich auch auf die Wirtschaftsstruktur Schlüsse ziehen, die aber nicht quantitativ sondern nur qualitative Schlußfolgerungen zulassen.

Mit den angegebenen Methoden komme ich zu folgenden Ergebnissen

zu Frage 1.

Freizeitparks sind sowohl in Deutschland als auch in Europa und weltweit prinzipiell privatwirtschaftlich erfolversprechende Unternehmungen. Allein in Deutschland gibt es m. W. über 200 der verschiedensten Kategorien. Sie ziehen viel Publikum an. Der „Prater“ und das „Tivoli“ sind die bekanntesten älteren Einrichtungen dieses Genres in Europa. „Eurodisney“ der größte neue Freizeitpark in Europa mit inzwischen über 12 Millionen Besuchern pro Jahr. Unter den nur zeitweise aufgebauten Jahrmärkten mit Fahrgeschäften wissen wir ja, daß der Bremer Freimarkt innerhalb von vierzehn Tagen über drei Millionen Besucher lockt und das „Oktoberfest“ über sechs Millionen. Eine ganzjährige Besucherzahl von 1,5 Millionen Besuchern für den Space Park anzunehmen, will ich daher nicht für unwahrscheinlich halten. Von diesen nach verschiedenen Angaben vom Wirtschaftssenator (WMTE) 1,3 bis 1,5 Millionen zahlenden Besuchern von außerhalb Bremens gehe ich also im Weiteren aus und frage, wieviel Umsatz können die den Space - Park Unternehmen bringen, wenn die genauso gut agieren, wie die Familie Mack, der der „Europark“ Rust gehört, und deren Angestellte. Das habe ich in der folgenden Tabelle zusammengefaßt.

³ Weser Kurier vom 19.1.98

Space Park im Vergleich mit Europapark

	EUROPAPARK Rust Saison 1997 (226 Tage)	EUROPAPARK Rust Saison 1997 (360 Tage)	Space Park Planung 1996/7 ganzjährig	Space Park vergleich- bare Werte mit EUROPAPARK Rust
Zahl der angebotenen Einrichtungen	125	125	ca. 30	ca. 30
Besucherdahlen	2,8 Mio.	3,27 Mio.	1,3 bis 1,5 Mio.	1,3 bis 1,5 Mio.
Anteil Übernachtungen	7 %	7 %	40 %	7 %
Umsatz	160 Mio. DM	186 Mio. DM	100 bis 120 Mio. DM	74,1 bis 85,5 Mio. DM
Umsatz je Besucher	57 DM	57 DM	77 bis 80 DM	57 DM
Beschäftigte	1.350	1.350	1500 bis 1600	538 bis 621
Umsatz je Beschäftig- ten	118.519 DM	137.778 DM	66.667 bis 75.000 DM	137.778 DM
Fläche	62 ha	62 ha	24,7 ha	24,7 ha
Umsatz je m ²	258 DM je m ²	300 DM je m ²	405 DM je m ² bis 486 DM je m ²	300 DM je m ² bis 346 DM je m ²

5 Aus diesen angenommenen 100 bis 120 Mio. DM Umsatz oder den vergleich-
 10 bar 85,5 Mio. DM müssen alle laufenden Kosten für Personal, Material, Nah-
 15 rungsmittel, Werbung etc. pp. als auch die Verzinsung der aufgenommenen
 Kredite bestritten und die Abschreibungen der Anlagen finanziert werden.
 Was danach übrig bleibt ist der Gewinn für das eingesetzte Kapital, sowohl
 des Anlagekapitals als auch des Umlaufkapitals. Die Umsatzrendite der ge-
 werblichen Unternehmen in Deutschland schwankt zwischen vier und zehn
 Prozent im langjährigen Durchschnitt.⁴ Würde man von der Obergrenze aus-
 gehen, so blieben aus diesem Umsatz 8,5 bis 12 Millionen DM für die Kapi-
 taleigner übrig. Bei einer niedrig veranschlagten Kapitalrendite von ebenfalls
 zehn Prozent auf das eingesetzte Kapital (siehe unten), könnte nur ein Pri-
 vatkapital von 85 bis 120 Millionen investiert werden.

15

⁴ Süddeutsche Zeitung vom 26.3.1998 S 24

Space Park, private Investitionen, Kosten und Kapitalverzinsung, Tabelle

		Annahme WMTE	Vergleichszahlen Europapark
Einnahmen = Gesamtumsatz pro Jahr		100 bis 120 Mio. DM	74,1 bis 85,5 Mio. DM
	Space Park Plandaten	Prozentsätze	laufende Aufwendungen pro Jahr
privates Anlagekapital	747 Mio. DM		
GRW Zuschüsse	84 Mio. DM		
private Kapitalaufwendungen für Anlagekapital	663 Mio. DM		
Bankkredit	337 Mio. DM	6% Zins und 5% Tilgung	20 Mio. DM für Zins 17 Mio. DM für Tilgung
Eigenkapital	326 Mio. DM	10 % Gewinn und 18,18% Tilgung	32,6 Mio. DM für Gewinn 59 Mio. DM für Abschreibung
Löhne und Gehälter			24,4 Mio. DM (62 Mio. DM nach WMTE)
Teilsomme Ausgaben Kosten pro Jahr			153 bis 190 Mio. DM
Verzicht auf Ansatz für weitere laufende Kosten wie			Sach- und Material- / Wareneinsatzkosten, Energie, Pachten, Werbung, Versicherungen Veranstaltungen etc.
Verzicht auf Ansatz	Umlaufkapital	Verzinsung	

5 Wenn zu den privaten Baukosten von 503 Mio. DM die Mieterausstattung von 91,375 Mio. DM, die Finanzierungskosten von 43 Mio. DM und die privaten Planungskosten von 9,3 Mio. DM addiert werden, die in den Vorlagen an verschiedenen Stellen genannt sind, so ergeben sich zumindest ab Betriebsaufnahme private Kapitalaufwendungen von 747 Mio. DM für Bauten und Anlagen im Space Park. Werden davon die öffentlichen GRW Zuschüsse von 84 Mio. DM abgezogen, so ergeben sich private Kapitalaufwendungen für Anlagen von 663 Mio. DM.

10 Dieses private Anlagekapital muß ergänzt werden von entsprechendem Umlaufkapital, um die laufenden Kosten wie Löhne und Gehälter, Wareneinkauf, Versicherungen, Sonderveranstaltungen, Energie zu finanzieren. Ein Vertreter der Großkinokette Cinemaxx nennt als Verhältnis zwischen Anlage- und Umlaufkapital 20% zu 80 % (Dirk Felsmann von der Flebbe Filmtheater Gruppe im Weser -Report vom 15 1.2.1998). Dies erscheint in diesem Falle sehr hoch. Aber auch die Annahme 50 % zu 50% würde weiter einen Kapitaleinsatz von zusätzlich über 600 Mio. DM erfordern. Aus einem Jahresumsatz von 85,5 Mio. bis 120 Mio. DM müßte dann ein privates Kapital von über 1.200 Mio. DM bedient werden. Wenn man sich hier nur auf das Anlagekapital und die Löhne und Gehälter bezieht, so ergeben sich 20 überschlägig folgende Beziehungen:

Von diesen 663 Mio. DM privatem Anlagekapital sollen 337 Mio. DM durch Banken finanziert werden. Da es sich dabei nicht um Grund und Boden als Sicherheit für die Bauten mit relativ kurzer Lebensdauer handelt, werden die gegenwärtig günstigen Hypothekenzinsen nicht gewährt werden sondern eher Betriebsmittelkredite wie für Bauträger mit gegenwärtig ca. 9 % Zinsen. Dennoch nehme ich diesen 25 niedrigen Hypothekenzinssatz von 6% an. Dies führt zu Kreditkosten von 20 Mio. DM pro Jahr. Hinzu kommt die Tilgung, die kaum unter anfangs 5 % liegen dürfte (15 % wären eine Tilgung, die mit der Abschreibung zu etwa gleichen zwischen Schuldtilgung und durchschnittlichem Ende der Nutzungszeit der Anlage führen würde), so daß weitere 17 Mio. DM erwirtschaftet werden müßten.

Das weitere Kapital müssen die anderen privaten Investoren bereitstellen. Es handelt sich noch einmal um eine Summe von rd.326 Mio. DM. Der Anspruch der privaten Kapitalinvestoren auf Verzinsung des Eigenkapitals liegt bei mindestens 10 %) ⁵, so daß mindestens ein Gewinn von 32,6 Mio. DM erwartet werden müßte. Da die Investitionen sehr modisch und kurzlebig sind, müssen sie zwischen drei und acht Jahren (⁶) im Durchschnitt also innerhalb von 5,5 Jahren abgeschrieben werden. Diese Abschreibungen von 59 Mio. DM müssen auch pro Jahr erwirtschaftet werden.

Außerdem müssen natürlich die laufenden Kosten getragen werden. Ausgangspunkt sind wieder die 621 Beschäftigten, von denen 75 % entsprechend 466 Beschäftigte mit niedrigen BruttoBezügen von 37.666 DM im Jahr sind (aus der Tabelle des Statistischen Landesamtes Bremen wähle ich die Angaben für Frauen, die niedriger liegen als die für Männer in der gleichen Einkommensgruppe), die zusammen dann 17,55 Mio. DM verdienen. Die restlichen 155 Beschäftigten erhalten im Durchschnitt das Bruttojahreseinkommen von Facharbeitern (hier wähle ich den höheren Wert für männliche Beschäftigte) von 44.486 DM und kosten so mindestens 6,9 Mio. DM. Die Personalkosten betragen ca. 24,4 Mio DM im Jahr. Würde der Annahme von 1.579 Arbeitsplätzen nach den Angaben von WMTE vom Mai 1996 gefolgt, so wären die Personalkosten entsprechend zwei ein halb mal so hoch anzusetzen und würden schon 62 Mio. DM betragen. Wie dann aus dem erwarteten Umsatz von 100 Mio. DM noch die anderen Kosten, Verzinsung des Kapitals und ein Gewinn fließen soll, wäre um so rätselhafter.

Hinzu kommen natürlich alle mögliche andere Kosten wie Energie, Versicherungen, Wareneinsatz, Werbung, Finanzierung von Sonderereignissen etc. pp. Es lohnt sich nicht, darüber Annahmen zu treffen, denn schon die hier pauschal dargestellten Gewinnerwartungen, Kapital- und Personalkosten von 153 Mio. DM pro Jahr übersteigen auch die optimistische Annahme der Jahreseinnahmen von 120 Mio. DM bei weitem, und die am EUROPAPARK Rust gemessenen, zu erwartenden Einnahmen von 85,5 Mio. DM um fast das Doppelte.

Die Antwort auf die Frage 1 heißt also klar: Die Wirtschaftskraft Bremens würde durch die Ansiedlung des Space Parks nicht gestärkt. Die Unternehmen könnten sich im Durchschnitt nicht ohne Subventionen halten geschweige denn wachsen. Insofern kann man sicher sein, daß Bremen über den Garantiefond zu Dauersubventionen in der genannten Risikohöhe von 350 Mio. DM für beide Parks herangezogen würde.

Zu Frage 2 Arbeitsmarkt und Beschäftigung:

Der Wirtschaftssenator spricht nicht nur von 1.500 bis 1.600 Beschäftigten im Space Park sondern er rechnet auch noch mit mittelbar Beschäftigten. Er gebraucht dazu den volkswirtschaftlichen Begriff des Einkommensmultiplikators. Der grundsätzliche Gedanke dabei ist, daß jeder, der zusätzlich etwas verdient sein Geld zum überwiegenden Teil auch wieder ausgibt und damit andere beschäftigt und damit Einkommen verschafft. Daraus ergibt sich eine Kette, die in der Summe die Beschäftigung erhöht. Wieviel sollen das denn nun mehr sein? WMTE geht hier noch von einem traditionell behaupteten Faktor von 1,3 aus. Mit dem Faktor multipliziert würden aus den 1.500 bis 1.600 Beschäftigten schnell 1.950 bis 2.080 Beschäftigte.

Genauso unrealistisch wie die Ausgangszahl ist auch der Multiplikator. Die Beschäftigten im Space Park beziehen nur in den seltensten Fällen zusätzliche Einnahme in voller Höhe ihrer Löhne und Gehälter. Das wäre nur so, wenn ihr Ein-

⁵ (bestätigt als absolute Untergrenze Dirk Felsmann im Weser - Report vom 1.2.98. Am 17.3.98 stand im Weser Kurier lesen, daß die Thyssen Werke 30 % Eigenkapitalrendite als Maßstab setzen und ihre Werften 38 % 1997 erzielt haben!

kommen früher null gewesen wäre. Das kann nur bei Familienangehörigen sein, die vorher keinerlei eigenes Einkommen bezogen und im Space Park erstmals (wieder) Arbeit aufnehmen bzw. bei zugewanderten Einwohnern, die vorher in Bremen als Einkommensbezieher nicht aufgetaucht wären. Alle anderen haben von irgend einem Einkommen gelebt, sei es auch nur Sozialhilfe oder Arbeitslosenunterstützung. Und nur der über diese Einkommen hinausgehende Teil wäre zusätzliches Einkommen.

Die Beschäftigten müssen dies Einkommen nicht nur zusätzlich von außen beziehen, sondern sie müssen es auch noch möglichst vollständig intern ausgeben, damit der besagte Multiplikator seine beschworene Wirkung erzielt. Und das ist in einer so verflochtenen arbeitsteiligen Wirtschaft mit das Schwierigste. Es ist doch klar, daß die meisten gekauften Güter und Dienstleistungen, die in Bremen konsumiert werden, von außen kommen. Es ist durchaus der Fall denkbar, daß eine zusätzlich beschäftigter Ehepartner im Space- Park zum Haushaltsbudget den Teil beiträgt, der es dem Paar ermöglicht, Urlaub im Ausland zu machen. Wenn dafür dann sogar ein größerer Teil des gesamten Haushaltsbudgets verbraucht als hinzu verdient wird, verkehrt sich der Multiplikator sogar ins negative. Die Beschäftigung in Bremen sinkt. Konkretes weiß man dazu nicht. Es ist die schöne Methode, sich reich zu rechnen. Der Wirtschaftssenator rechnet aber auch mit einem Drittel im Umland wohnenden Beschäftigten. Lassen wir dieses hin und her rechnen bei Seite und bleiben bei den 621 Beschäftigten in Bremen. Wenn deren Einkommen im Space Park 24,4 Mio. DM beträgt, dann kann man die mit den öffentlichen Subventionen und Zahlungen an Köllmann von ca. 400 Mio. DM (163 Mio. DM Infrastrukturkosten + 40,4 % vom Development Fee von 198 Mio. DM = 80 Mio. DM, + 40,4 % von den 350 Mio. DM Garantiefond = 141,4 Mio. DM, 40,4 % + von der Hälfte der 84 Mio. DM GRW - Zuschüsse = 17 Mio. DM) bei Kapitalanlage zu 6 % direkt voll aus den öffentlichen Kassen finanzieren und zwar ohne Risiko! Da sie dann durchaus noch produktiv tätig sein könnten, ergäbe sich für Bremen bei direkt - Beschäftigung ein um die erstellten Leistungen erhöhter Gewinn. Die Antwort auf die Frage 2 lautet also: Die Arbeitslosigkeit würde mit Space Park weniger sinken, als wenn Bremen das für den Space Park aufzuwendende Geld direkt in entsprechend bezahlte Tätigkeit umsetzen würde, weil Bremen einerseits die Fläche in Gröpelingen weiterhin für Ansiedlungen bereit stünde und weil andererseits Bremen nicht mit so großen Summen wie das Development Fee für die Köllmangruppe in Vorleistung gehen müßte, sondern die Lohnzahlungen ja nur im Laufe der Zeit aufgewandt werden müßten (spätere Zahlungen sind eben weniger teuer als Vorauszahlungen).

Zur Frage 3 fiskalische Auswirkungen:

Für den Space Park geht Bremen schon seit Jahren mit Arbeitseinsatz seiner Bediensteten, mit Planungsmitteln und mit realen Investitionen auf dem ehemaligen AG -Weser Gelände in Vorleistung. Die Reform der öffentlichen Verwaltung erfordert eigentlich, daß solche Projekte finanztechnisch als Produkte definiert werden und dafür eine Kosten- und Leistungsrechnung aufgestellt und das Instrument der Plankostenrechnung angewandt wird. Diese gerade vom Senator für Finanzen und für Wirtschaft propagierte Methode verlangt auch in Abkehr von der kameralistischen Finanzrechnung, daß einerseits z.B. mit der Kapitalwertmethode berücksichtigt wird, wann Gelder ausgegeben und eingenommen, und andererseits Abschreibungen und laufende Verpflichtungen in die Wirtschaftlichkeitsberechnung einbezogen werden. Davon ist in den Vorlagen nichts zu erkennen. Insbesondere wird nirgendwo ein Tableau aufgestellt, wann Gelder ausgegeben und eingenommen werden. Dies hat aber große Auswirkungen auf die Wirtschaftlichkeit einer Investition. Deswegen müssen leider die Ausgaben so nebeneinander gestellt werden, als würden sie alle am Tag der Eröffnung des Space Parks gezahlt. Die Kosten für die seit Jahren mit der Planung befaßten öffentlich Bediensteten wer-

den überhaupt nicht erfaßt. Von exakten nachvollziehbaren Angaben in den Vorlagen kann leider keine Rede sein. So ist die folgende Zusammenstellung unvollständig und nur ein grober Anhaltspunkt der Verpflichtungen, die auf Bremen mit dem Space Park zukämen.

5 Öffentliche Aufwendungen Bremens für den Space Park

Begründung	Betrag in. DM
Infrastrukturinvestitionen	163.000.000
Development Fee 40,4 % von 198 Mio. DM	80.000.000
Garantiefond 40,4 % von 350 Mio. DM	141.000.000
GRW Zuschüsse 20,2 % von 84 Mio. DM	17.000.000
Summe	401.000.000

10 Diese größenordnungsmäßig 400 Mio. DM Ausgaben Bremens für den Space Park und die daraus entstehenden laufenden Kosten müssen durch Einnahmen gedeckt werden und es soll darüber hinaus ein Überschuß entstehen, um Bremens Finanzkraft zu stärken.

Laufende Einnahmen Bremens aus dem Space Park

15 Wie oben dargelegt, werden privatwirtschaftliche Gewinne nur durch öffentliche Subventionen fließen. Es ist ausgeschlossen, daß Ertragssteuern für das Land höher sein könnten als die Subventionen, die zu den zu besteuern den Gewinnen führen. Ein Sanierungsbeitrag für Bremen fließt - wenn überhaupt - nur aus dem zusätzlichen Lohnsteueraufkommen der im Space Park zusätzlich beschäftigten Arbeitnehmer, soweit sie denn über das steuerfreie Existenzminimum hinaus zu versteuerndes Einkommen beziehen. Als Grundlage der Berechnung werden die 621 Beschäftigten angenommen.

20 75 % der 621 in Bremen wohnenden Beschäftigten, mithin 466, werden Beschäftigte der untersten Lohnkategorie im Dienstleistungssektor sein (siehe Uni Untersuchungen über Freizeitpark in Bispingen). Sie haben im Jahr etwa ein Einkommen von 37.666 DM brutto (es wird hier das Einkommen fest beschäftigter Frauen eingesetzt, weil in der Tat die Mehrheit in diesen Dienstleistungsberufen Frauen sind. Das so erfaßte Einkommen liegt noch oberhalb der Einkommen, die durch Teilzeitjobs und 620 DM Beträge erzielt wird). Vom Bruttolohn von 37.666 DM / a werden bei Lohnsteuer der Steuerklasse I für allein lebende in der Einkommensgruppe 25 - 35.000 DM 12,1 % und in der Einkommensgruppe zwischen 35 - 25 50.000 DM / a 15,66 % erhoben. Interpoliert bei proportionalem Verlauf kann man mit einem Steuersatz von 13,9% entsprechend 5.236 DM Lohnsteuer pro Jahr rechnen. Stadt und Land Bremen erhalten davon 57,5% entsprechend 3.010 DM multipliziert mit 466 Beschäftigten ergibt sich eine Summe von 1.402.660 DM / a 30 Steuereinnahmen Bremens Stadt und Land.

35 155 Beschäftigte werden als zur Wartung der Geräte usw. als Angestellte im Dienstleistungsbereich beschäftigt und bezahlt (Es wird hier davon ausgegangen, daß sie das höhere Einkommen von Männern erhalten, obwohl natürlich auch Frauen mit diesen Tätigkeiten betraut werden, bei gleicher Arbeit im statistischen Durchschnitt aber weniger verdienen, was die Lohnsumme und darauf aufbauend die Einnahmen aus der Einkommenssteuer noch weiter senken würde). In der Gehaltsgruppe IV verdienten Männer durchschnittlich 3.422 DM brutto im Monat des Jahres 1995, bei 13 Monateinkommen im Jahr 44.486 DM. Vom Bruttolohn von 44.486 DM/a werden bei Lohnsteuer der Steuerklasse III für Zweipersonenhaus-

halte mit einem Verdiener in der Einkommensgruppe 35 - 50.000 DM/a 7,8 % Lohnsteuer erhoben entsprechend 3.470 DM / a⁷. Stadt und Land Bremen erhalten davon 57,5 % entsprechend 1.995 DM/a mal 155 Beschäftigte entsprechend 309.225 DM Steuereinnahmen.

5 Wenn alle Beschäftigten in und außerhalb des Space Parks, die in Bremen wohnen, das ganze Jahr über Vollzeit arbeiten und nach Tarif bezahlt werden und Sonderzahlungen in Höhe eines dreizehnten Monatsgehaltes bekommen und die Frauen alle nach Lohnsteuerklasse I für alleinlebende versteuert werden, wird die Summe der Lohnsteuereinnahmen 1.711.885 DM/a für Bremen betragen. (Dies ist
10 etwa um den Faktor zehn geringer als die Angabe von WMTE im Mai 1996 in Anlage 2 ,während in der Anlage 3 der selben Vorlage die DASA zu einer zusätzlichen Lohn- und Einkommenssteuer von 1,1 Mio. DM/a kommt und zusätzlich Betriebssteuern von 1,5 Mio. DM sieht. Wie WMTE annehmen kann, daß allein für
15 Gemeinde- und Landessteuern fast 20 % des Umsatzes des Space Parks in die öffentlichen Haushalte Bremens fließen könnten, ein Satz, der weit über der durchschnittlichen Belastung des Bruttoinlandproduktes durch Gemeinde und Landessteuern liegt, ist völlig unklar.

Unternehmen wir jetzt noch einen rechnerischen Trick zugunsten des Space Park::

20 Gehen wir rechnerisch davon aus, daß alle Beschäftigten vorher Sozialhilfe bezogen haben, die jetzt nicht mehr gezahlt werden braucht.
Ein/e alleinstehende/r erwachsene/r Bezieherin von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt erhält laut einer Modellrechnung des S.f.F.,G.,J.,S. u. U. in Bremen durchschnittlich im Jahr Leistungen aus dem Haushalt der Stadt in Höhe von ca.
25 15.432 DM (539 DM monatlich als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt, + einmalige Leistungen in Höhe von 17 % des Regelsatzes inklusive Bekleidung ⇒ 91,50DM, + 40 DM Mehrbedarf + 450 DM Kaltmiete + 25% Heizung ⇒ 112,50 DM – 48 % Bundesanteil vom Wohngeld ⇒ 217,50 DM (Wohngeld wird nicht eingespart, da die zu erwartende Lohnhöhe sie nicht aus der zu begünstigenden Kategorie
30 herausfallen läßt) + ca. 270 DM Krankengeld- entspricht monatlichen Kosten von ca. 1.285,5 DM X 12 Monate = ca. 15.432 DM)Das ergäbe eine Einsparung im Stadthaushalt von 9,58Mio. DM je Jahr.

In der Summe wäre der positive Haushaltseffekt aus dem Space - Park also maximal 11,3Mio. DM pro Jahr.

35 Geht man allerdings von der realitätsnäheren Annahme aus, daß die Beschäftigten des Space - Parks vorher arbeitslos waren und Arbeitslosengeld vom Arbeitsamt bezogen haben, so entfällt der rechnerische Einspareffekt der Sozialhilfe - Leistungen.

Dann vermindert sich der mögliche Beitrag der Beschäftigten im Space Park und in seinem Zusammenhang Beschäftigte zur Sanierung Bremens auf 1,7 Millionen Mark pro Jahr.

⁷ Quelle Statistisches Jahrbuch des Statistischen Landesamtes Bremen 1997 S. 233

Steuereinnahmen Bremens aus Space Park

Herkunft	Betrag pro Jahr in DM
Mehrwertsteuer	keine weil Verteilung nach Einwohnerzahlen
Einkommen aus Kapitalertragssteuer	geringer als Subventionen
Lohnsteuer der 466 Beschäftigten mit niedrigstem Einkommen	1.402.660
Lohnsteuer der 155 Beschäftigten mit Facharbeiterlohn	309.225
Summe Lohnsteuereinnahme	1.711.885
Einsparung von Sozialhilfeleistungen für 621 Personen (ein Rettungsversuch)	9.580.000
Summe Einnahmen und Einsparungen	ca. 11.300.000

5 **Geht man bei einem finanziellen Überleben eines Space Park von Arbeitsplätzen aus, die vor allem von vielen Teilzeitbeschäftigte besetzt werden und die zum großen Teil nur 620 DM Nebentätigkeiten ausüben und dabei aus der Arbeitslosigkeit kommen und ihre Einnahmen zum großen Teil für importierte Güter und Dienstleistungen ausgeben, dann wird Bremen aus dem Space Park praktisch überhaupt keine Einnahmen zufließen.**

10 **Wieviel Investitionen kann man mit Einnahmen von 11,3 Mio. DM pro Jahr finanzieren?**

15 Da Zinskosten ca. 6,5 % betragen, Abschreibungen 2,5 % auf die Infrastruktur (dies ist schon sehr gering gerechnet, weil es eine Lebensdauer von 40 Jahren voraussetzt. Wie erinnerlich hatte die von Bremen finanzierte Freizeitinfrastruktur wie die Eislaufhalle auf der Bürgerweide ca. acht Jahre, das Hallenbad Herbert Ritze Bad knapp über 30 Jahre, der Spielplatz in der Papenstraße zehn Jahre Lebensdauer usw, hätten also mit sehr viel höheren Abschreibungssätzen rechnen müssen). Hinzu kommen die Wartungs- und Instandhaltungskosten wie Beleuchtung, Straßenreinigung, Pflege von Begleitgrün, etc. pp. mit mindestens 1 % Kosten pro Jahr. Zusammen also mindestens zehn Prozent laufende Kosten. Dem
20 entsprechend könnte man mit einer Einnahme von 11,3 Mio. DM pro Jahr eine Investition von 113 Mio. DM finanzieren. Dann bliebe aber schon keinerlei Beitrag zur finanziellen Sanierung Bremens mehr übrig. An eine Risikovorsorge ist dabei schon überhaupt nicht gedacht - und wie groß die Risiken sind von Unternehmungen, die Bremen mit Bürgschaften oder Zuschüssen initiiert, muß man leider ständig zur Kenntnis nehmen. Dafür ist die Grunau - Pleite auf dem gleichen Gelände
25 nur eins unter vielen Beispielen.

30 Den bei völlig unrealistisch positiv wirkenden Folgen eines Space Parks maximal zu finanzierenden Investitionen stehen aber geplante und schon getätigte Ausgaben von über 163 Mio. DM gegenüber. Insgesamt kommen auf Bremen ca. 400Mio. DM Aufwendungen zu.

Die Frage 3 zu den fiskalischen Auswirkungen kann also klar und zwar um Größenordnungen dahingehend beantwortet werden:

35 **Die Ausgaben der bremischen öffentlichen Haushalte für den Space - Park können auch bei positivsten Annahmen über Einnahmen und Einsparungen dadurch nicht aus ihm gedeckt werden.**

Zur Frage 4 der Strukturverbesserung:

Das vom Senator für Wirtschaft in Auftrag gegebene Gutachten an Professor Schäfer zur wirtschaftlichen Wirkung der ISP Ausgaben, kommt in der Zusammenfassung zum Schluß, „Die ISP-Induzierten ... Anstieg der Arbeitsproduktivität werden als indirekter Ausdruck der Strukturverbesserung durch das ISP interpretiert.“ und weiter“...der Gutachter erwartet jedoch, daß die produktivitätssteigernde Wirkung des ISP ein sich selbst tragendes bremisches Wirtschaftswachstum generieren könnte,...“ Der Umsatz je Beschäftigten als **quantitativer Maßstab für Arbeitsproduktivität**, liegt bei der Software - Schmiede SAP bei 750.000 DM/a, in einer Bank bei ca. 500.000 DM/a, bei einem Stahlwerk bei ca. 250.000 DM/a und beim Space - Park nach Planung von WMTE bei 75.000 DM/a, beim Europapark Rust bei 137.000 DM/a. Aus einem hohen Umsatz können auch eher hohe Gehälter abgezweigt werden, aus geringem Umsatz wohl kaum. Wieso sollen Arbeitsplätze, die so viel kosten und so wenig Umsatz bringen eine Strukturverbesserung der bremischen Wirtschaft darstellen?

Sie tun es auch nicht. Die Universität Hannover hat in einem Projekt die wirtschaftliche Wirkung des Center Parks in Bispingen untersucht und bezüglich der Beschäftigten festgestellt, daß 75 % von ihnen Billigjobs in Form von 620 DM Beschäftigten, in unterster Kategorie halbtags beschäftigte Aushilfskräfte usw. sind. Die Nachfrage nach solcher Art Beschäftigung ist nicht zu bestreiten und soll nicht gering geachtet werden, aber eine Strukturverbesserung der Wirtschaft stellt diese Art der Dienstboten und Aushilfskräfte keinesfalls dar.

Aus dem Dargelegten ziehe ich zusammenfassend den Schluß zu den eingangs genannten Fragen:

Auch unter der Annahme, daß 1,5 Millionen Besucher zum Space Park von außerhalb Bremens kommen,

- **wäre der Freizeitpark ohne öffentliche Zuschüsse nicht lebensfähig,**
- **wäre die Zahl der Beschäftigten geringer als mit den öffentlich aufzuwendenden Gelder direkt beschäftigt werden könnten,** ohne die sonstigen Ressourcen wie das AG Weser Gelände zu veräußern. Bremen erhielte neben den gleichen Steuereinnahmen noch die Gegenleistung der Beschäftigten direkt.
- **Die Steuereinnahmen und Einsparungen an Sozialhilfe, die günstigstenfalls für Bremen in Ansatz gebracht werden können, würden nicht einmal die Kosten für die Finanzierung der unmittelbarsten aktuellen Ausgaben für die öffentliche Infrastruktur des Space Parks decken, geschweige denn weitere Kosten und Verpflichtungen. Eine Entscheidung für den Space Park würde die Finanzkraft Bremens daher nicht stärken sondern schwächen. Er wäre eine weitere schwere Belastung der Bremer Finanzsituation.**

- **Die Wirtschaftsstruktur Bremens würde geschwächt durch Elemente schwacher Arbeits- und Flächenproduktivität**, die nur aus Gebieten schwach entwickelter Regionen und Entwicklungsländern her bekannt sind.

5 Die Zahlen für den Ocean - Park in Bremerhaven sind überschlägig alle noch viel schlechter unter den angegebenen Maßstäben. Ich habe sie nicht ausgerechnet. Jeder Banker oder Betriebswirt erkennt bei einem ersten Blick, daß aus einem Umsatz von unter 100 Mio. DM nicht ein ausreichender Gewinn für ein Kapital von einer Milliarde Mark und mehr erwirtschaftet werden kann.

10